

Osttiroler Heimatabblätter

Heimatkundliche Beilage des „Osttiroler Bote“

Nummer 8

Donnerstag, 30. August 1990

58. Jahrgang

Helmut Alexander:

Die Umsiedlung der Südtiroler im Kreis Lienz¹

Zur Vorgeschichte

Am 28. Oktober 1939 erfuhren wahrscheinlich die meisten Osttiroler durch die Lokalpresse offiziell von der zwischen dem Dritten Reich und dem faschistischen Italien vereinbarten Option und Umsiedlung der Südtiroler². Damit wurde auch in diesem Teil Tirols bzw. seit Mai 1938³ des Gaues Kärnten jenes Gerücht bestätigt, das seit Sommer 1939 in weiten Kreisen der Bevölkerung kursierte: Südtirol sollte der Preis für die Freundschaft zweier Diktatoren sein und die deutschsprachige Bevölkerung mit ihrer »freiwilligen« Zustimmung aus dem Landes- teil südlich des Brenners ausgesiedelt werden. Alle diejenigen, die sich in Nordtirol der Illusion hingeeben hatten, das Dritte Reich würde Südtirol ähnlich wie Österreich oder das Sudetenland »heimholen« — in Osttirol habe man vielfach und selbst auf höherer Parteebene eine baldige Herauslösung aus dem Gau Kärnten und die Wiedervereinigung mit Nord- und Südtirol erwartet —, wurden eines Anderen belehrt: Die Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung würden und werden von Diktatoren nur dann ins Kalkül gezogen und berücksichtigt, wenn sie den Interessen der Herrschaftseliten nicht entgegenstehen. Hinsichtlich Südtirols hatte Adolf Hitler jedoch nie einen Hehl daraus gemacht, daß er sich seinen Weg zu einer Freundschaft mit Mussolini von 230.000 Südtirolern nicht verstellen lassen würde.⁴ Nach zögernden Annäherungsversuchen seit 1934 nahm die Partnerschaft mit Italien jedoch erst nach dem Überfall auf Österreich im März 1938 konkrete Formen an. In den Monaten danach wurde die Achse Berlin — Rom geschmiedet, die im Mai 1939 mit dem Abschluß des »Stahlpakts« in vertragliche Formen gekleidet wurde. In der Folgezeit gingen die beiden Bündnispartner die Lösung der Südtirolfrage an, wobei sie auf frühere deutsche und italienische Überlegungen und auf bereits bestehende Pläne zurückgriffen. Die Lösung des Problems wurde in Berlin und in Rom in einer Umsiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung aus Südtirol gesehen, da — wie es der italienische Außenminister Graf Galeazzo Ciano ausdrückte — »Südtirol geographisch italienischer Boden ist und man Berge und Flüsse nicht versetzen kann, müssen die Menschen versetzt werden.« Diese Ansicht kam dem Dritten Reich sehr entgegen, hatte doch

bereits Anfang 1939 Heinrich Himmler ein Memorandum ausarbeiten lassen, das die Herausnahme großer Teile der Südtiroler Bevölkerung und ihre Beschäftigung in der deutschen Rüstungsindustrie zum Inhalt hatte. Diese Pläne wurden jedoch Mitte des Jahres beiseite geschoben und machten einer Maximalforderung Himmlers Platz, die mit der Herbeiführung einer »völkischen Radikallösung« in Südtirol erfüllt werden sollte. Am 23. Juni vereinbarten deutsche und italienische Vertreter in Berlin die Umsiedlung der Südtiroler in das Deutsche Reich und schlossen knapp vier Monate später die entsprechenden Verträge für deren Durchführung ab. Diese besagten, daß alle deutschsprachigen Südtiroler wählen, — »optieren« — könnten, ob sie die italienische Staatsbürgerschaft beibehalten oder die deutsche Reichsangehörigkeit annehmen und in das Deutsche Reich abwandern wollen.

Gleichzeitig wurde den Südtirolern zugesichert, daß ihr Besitz von den Italienern abgelöst und durch das Dritte Reich ersetzt werden würde.

Ein weiteres Zugeständnis, das Himmler den Südtirolern gab und das die Bedingung für die stärkste — damals allerdings illegale — politische Vertretung der Südtiroler, den »Völkischen Kampfring Südtirols« (VKS) war, unter dem sie die Option und Umsiedlung der Südtiroler akzeptierte, bestand in der Bereitstellung eines geschlossenen Siedlungsgebietes. Darin sollten die gleichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen wie südlich des Brenners wieder hergestellt werden und der VKS die politische Führung übernehmen. Natürlich sollte es den Südtirolern auch möglich sein, ihren Ansiedlungsort im Deutschen Reich frei zu wählen, wenn sie nicht mit ihren Landsleuten zusammenbleiben wollten.

Das Dritte Reich hatte großes Interesse an den Südtirolern, brauchte es doch Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie und Soldaten für den bevorstehenden Krieg, wie auch Siedler für die zu erobernden Gebiete, in denen Südtiroler als »germanische Wehrbauern« angesiedelt werden sollten. Darüberhinaus konnte mit den abzulösenden Vermögenswerten der Südtiroler das Außenhandelsdefizit des Deutschen Reiches gegenüber Italien, das 1939 immerhin 86 Mrd. RM betrug, ausgeglichen werden; als Ersatz dafür sollten

den Südtirolern erobertes und von der einheimischen Bevölkerung »geräumtes« Gebiet sowie enteignete und arisierte Betriebe zur Verfügung gestellt werden. Diese sogenannte »Naturalrestitution« bildete den Dreh- und Angelpunkt zwischen Um- und Ansiedlung der Südtiroler einerseits und der Eroberungs- sowie Unterdrückungs- und Rassenpolitik des Dritten Reiches andererseits.

Die Italiener hingegen, die ursprünglich nur etwa 20.000 Südtiroler südlich des Brenners entfernen wollten, um den Unruheherd an ihrer Nordgrenze zu beseitigen, akzeptierten den Himmler'schen Lösungsvorschlag, auch wenn für sie abzusehen war, daß bei einer vollständigen Abwanderung der Südtiroler Bevölkerung die wirtschaftlichen Strukturen, vor allem in der Landwirtschaft, sehr bald zusammenbrechen würden.

Optionsberechtigt waren knapp 235.000 deutschsprachige Südtiroler, von denen nach heftigen Propagandaschlächten für das Für und Wider der Option und nach zahllosen Konflikten zwischen Nachbarn und sogar in den Familien selbst, sich bis Ende 1939, dem Ende der Optionsfrist, etwa 86 % für das Dritte Reich entschieden. Ein solches Ergebnis, das nur durch massiven Druck, aber auch mit großen Versprechungen erreicht wurde, war ein Erfolg für das Deutsche Reich und den VKS, der in seinem eigenen Interesse wie auch als verlängerter Arm des NS Systems fungierte, und eine Blamage für die Politik des faschistischen Italien, das die Südtiroler durch zwanzig Jahre hindurch als germanisierte Italiener betrachtet hatte.

Die Umsiedlung

Seit 7. Oktober 1939 war der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« (RKFdV) mit allen Umsiedlungsmaßnahmen des Dritten Reiches betraut. In Südtirol nahmen im September 1939 die »Amtlichen Deutschen Ein- und Rückwandererstellen« (ADERSt), die dem RKFdV in Berlin direkt unterstanden, ihre Arbeit auf und sorgten für die bürokratische Abwicklung der Umsiedlung. In Innsbruck wurde zu dieser Zeit innerhalb der dortigen Gauleitung eine eigene »Dienststelle Umsiedlung Südtirol« (DUS) geschaffen, die die Verteilung der Südtiroler »Rückwanderer«, wie es in der damaligen

Diktion hieß, vornehmen und deren Ansiedlung im Deutschen Reich organisieren sollte. Die DUS war das Nadelohr, durch das jeder Umsiedler hindurch mußte: hier wurden die Südtiroler gleich nach ihrer Ankunft ärztlich untersucht, je nach Alter und Geschlecht gemustert und einberufen und in Arbeit und Wohnung vermittelt, nachdem sie — falls es sich um einen »erwünschten« Bevölkerungszuwachs handelte — eingebürgert worden waren.

Anders hingegen verlief es sich im Gau Kärnten. Hier sollten zunächst nur die eben falls in die Umsiedlungsverträge miteinbezogenen Bewohner des Kanaltales angesiedelt werden. Die damit zusammenhängenden bürokratischen Vorgänge wurden über die ADERSt Zweigstelle Tarvis (Leiter: SS-Untersturmführer Dr. Starzacher) und das Gaugrenzlandamt in Klagenfurt unter der Leitung von SS-Obersturmführer Alois Mair-Kahrsch durchgeführt. In Osttirol hingegen sollten die Bewohner des Grödental nach ihrer Option für das Deutsche Reich geschlossen angesiedelt werden.

Die Grödner hatten nämlich von Anfang an auf ein Zusammenbleiben der gesamten Talbewohner bestanden, um dadurch die in Südtirol bestehende Wirtschafts- und Sozialstruktur des Tales — Holzschnitzerei, Fremdenverkehr, Landwirtschaft — erhalten und die Existenz der Grödner Bevölkerung sichern zu können. Deswegen hatten Vertreter aus ihren Reihen bereits im Juli 1939 — in Südtirol war die geplante Umsiedlung spätestens seit Ende Juni in aller Munde — mit dem damaligen Kreisleiter von Lienz, Karl Kittner, entsprechende Ansiedlungsmöglichkeiten in Osttirol erörtert.⁶ Diese Planungen wurden von Berlin bereits im Oktober grundsätzlich genehmigt, und bei einer Besichtigungstour einige Grödner nach Osttirol wählte man das Drautal östlich von Lienz einschließlich des Iselsberges als mögliches Ansiedlungsgebiet aus. Das Gaugrenzlandamt in Klagenfurt hatte ebenfalls keine Einwände gegen diese Absichten und konzentrierte sich in den folgenden Monaten auf die Planung und Durchführung der Ansiedlung der Grödner Optanten in Osttirol.

Neben dieser Aktion sollten sich nur vereinzelt andere Südtiroler Umsiedler in Osttirol niederlassen können, um nicht dadurch Wohnraum oder Siedlungsfläche für die Grödner zu blockieren.

Die »Grödner Siedlung« in Lienz

Für die Aufnahme der Grödner in Osttirol galt es, baldmöglichst entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen, weshalb das Gaugrenzlandamt in Klagenfurt beschloß, in Lienz eine Siedlung mit ungefähr 200 Wohnungen zu errichten. Die Planung und Durchführung des Vorhabens wurde der Neuen Heimat Kärnten übertragen, die von der Stadtgemeinde Lienz Anfang 1940 ein entsprechendes Baugrundstück am Mühlanger erwarb.

Nun hatte Lienz auch ohne die neuankommenden Umsiedler genug Wohnungsprobleme zu lösen und deswegen ebenfalls am Mühlanger bereits 1938 mit dem Bau von sogenannten Volkswohnungen zur Behebung der Wohnungsnot begonnen. Gleichzeitig baute dort auch die Gemeinnützige Beamtenwohnungsbau Ges.m.b.H. in Wien Wohnungen für reichsunmittelbare Beamte, so daß im Süden der Stadt während des Krieges quasi ein eigener Stadtteil entstand.

In den Jahren 1938 bis 1943 wuchs die »Deutsche Stadt in den Dolomiten«, wie Lienz damals offiziell gerne bezeichnet wurde, um 2157 auf 8749 Einwohner, inklusive der 842 Personen durch die Eingemeindung von Patriasdorf. Ein großer Teil davon waren Südtiroler Umsiedler, aber keineswegs ausschließlich Grödner.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Die geschlossene Ansiedlung der Grödner in Osttirol scheiterte und mußte scheitern, auch wenn die Grödner Optanten auf die Durchführung dieses Vorhabens gedrängt und dafür alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten. Denn die dafür notwendigen landwirtschaftlichen Liegenschaften für die Grödner Bauern waren in Osttirol ebensowenig vorhanden wie die entsprechenden Objekte für die Gastronomie und Hoteliere. Trotz aller Planungen der Umsiedlungsbehörden in Klagenfurt wie in Berlin, war das Unternehmen von vor-

neherein zum Scheitern verurteilt, auch wenn am Iselsberg vereinzelt Gaststätten oder Hotels von Grödner Umsiedlern übernommen wurden.

Ebenso war die »Ansetzung« — wie es im NS-Jargon hieß — der Grödner Holzschnitzer in Lienz ein beinahe aussichtsloses Unterfangen, da die Planungen hierfür an den Erfordernissen für die Ausübung dieses Kunsthandwerks weitgehend vorbeigingen. Zwar hatte man sogar die Errichtung einer eigenen Fachschule für Holzschnitzer in Lienz ins Auge gefaßt — sie wurde sogar vom Reichserziehungsminister in Berlin genehmigt, letztendlich aber dann doch nicht ausgeführt, — doch waren Siedlungsbauten als Wohnung und Werkstätte für die Ausübung eines Holzschnitzergewerbes weitgehend ungeeignet.

Die Dringlichkeit der Umsiedlung und die Notwendigkeit entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen, erforderte große Eile in der Planung und Durchführung der Siedlungsbauten. Die Neue Heimat Kärnten hatte gleich nach dem Erwerb der Baugrundstücke mit der Errichtung der Siedlungsanlage begonnen. Die Versorgung mit Baumaterialien war durch die Aufnahme der Siedlung in ein Sonderbauprogramm, in die »Sondermaßnahme Südtirol«,⁷ wodurch der Bau dieser Wohnungen als kriegswichtig eingestuft wurde, gesichert, ebenso wie die Zuteilung von genügend Arbeitskräften, d. h. häufig von Kriegsgefangenen. Der Bau der in Angriff genommenen 196 Wohnungen der Grödner Siedlung schritt zügig voran, auch wenn dadurch der Bau der städtischen Wohnungen bzw. der Beamtenwohnungen sich verzögerte.⁸ Dennoch berichtete die **Lienzer Zeitung** im August 1940 unter der Überschrift »Lienz baut im Krieg wie nie zuvor« recht ausführlich und nicht ohne Stolz über den Wohnbau in der Stadt.⁹ Im Einzelnen hieß es dazu:

»In Lienz war die Wohnungsfrage schon immer das Sorgenkind der Stadtverwaltung. Neuzugezogene Beamte und Angestellte mußten sich teilweise viele Monate lang mit einer Notwohnung begnügen. Nachdem aber Lienz durch den Bau und die Inbetriebnahme der Großglockner-Hochalpenstraße mehr und mehr dem Fremdenverkehr erschlossen wurde und als nach dem Umbruch die Gesamtentwicklung auch in unserer Stadt mit Riesenschritten vor sich ging, war die Lösung der Wohnungsfrage zu einer dringlichen Notwendigkeit geworden. Die Stadtverwaltung, zusammen mit der Partei und anderen Dienststellen, bemühte sich in jeder Hinsicht, um im Rahmen eines Sofortprogrammes auf dem Gebiet der Wohnungsnot sofort Abhilfe zu schaffen. Für die Bauten der Stadtgemeinde Lienz, wie auch für die Südtiroler Umsiedlungsaktion wurde es möglich, einen großen Reichskredit zu erhalten, auf Grund dessen ein ganz großzügiges Bauprogramm verwirklicht werden konnte.

In südlicher Richtung unserer jetzt rund 8000 Einwohner zählenden Dolomitenstadt Lienz wurde das Baugelände Mühlanger für die Siedlungsbauten erschlossen. 79 Wohnhäuser mit zusammen 368 Wohnungen werden hier erstellt. Bauunternehmer sind die Stadt Lienz, die Neue Heimat, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront Gau Kärnten und die Gemeinnützige Beamtenbau- und Wohnungsgesellschaft in Wien. Die Bauarbeiten, die zum Teil schon im vorigen Spätsommer begonnen wurden, schreiten auch jetzt im



Südtiroler Siedlung Lienz.

Foto: H. Waschgl

Kriege rüstig voran. Trotz der Kriegsbewirtschaftung ist es gelungen, einen Teil der Bauten so weit voranzutreiben, daß sie in kürzester Zeit fertiggestellt und bezugsfertig sein werden. An Bauherren und Bauleitung stellt die Weiterführung der Arbeiten im Kriege gewaltige Anforderungen und nur durch das Zusammenwirken aller beteiligten Stellen, vor allem aber durch Förderung seitens der Partei, konnte das Siedlungsbauwerk auf den heutigen Stand gebracht werden. Die Häuser ziehen sich in einem geschlossenen Siedlungsblock in schienengleicher Richtung der Pustertalbahn dahin. Bei der Aufteilung der Wohnräume hat man auf die Bevölkerungsverhältnisse in weitgehendstem Sinne Rücksicht genommen. Die Zimmerzahl verteilt sich auf etwa 30 Prozent Vier-Zimmerwohnungen, 50 Prozent Drei-Zimmerwohnungen und 20 Prozent Zwei-Zimmerwohnungen. Die einzelnen Wohnungen, die zum größten Teil mit Bädern ausgestattet sind oder doch zumindest Badeeinrichtungsmöglichkeiten haben, bekommen Anschluß für elektrische Herde, haben fast durchwegs eingebaute Kühltische und je einen Wirtschafts- und Kohlenkeller. Zu jeder Wohnung wird ein kleiner Gemüsegarten kommen und an den Häuserfronten entlang werden die Ziergärtchen angelegt werden. Um eine Umformierung zu bekommen, wurden die Häuten in Doppelhäuser und Mehrhäuserblocks aufgeteilt. Auch wird die Farbgebung der Außenwände abgestuft werden, um der ganzen Anlage einen freien und ungezwungenen Eindruck zu geben.

Erfreulicherweise werden außer dieser Siedlungsanlage noch rund 80 sonstige Wohnungen gebaut, die teilweise auch bald bezugsfertig sind, so daß Lienz in seinen Wohnungssorgen bald über den größten Berg sein wird.

Lienz war mit der Durchführung dieses Programms sicher auf dem Weg, die Wohnungsprobleme seiner Bewohner zu lösen.

Verschwiegen wurde allerdings in diesem Bericht, daß die 196 Wohnungen der »Grödner Siedlung« die Arbeitsplatz- und Wohnraumbedürfnisse von Holzschnitzern oder größere Familien kaum befriedigen konnte. Die größten Wohnungen hatten knapp 62 qm Wohnfläche, die Drei-Zimmerwohnungen etwa 47 qm und die Zwei-Zimmerwohnungen 40 qm. Daß solche Zimmergrößen nicht geeignet waren, den Holzschnitzern halbwegs akzeptable Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, mußte ein Vertreter der Neuen Heimat bereits im April 1940 zugeben, als er sich in Südtirol über Berufs- und Familienstruktur seiner künftigen Mieter erkundigte. Dabei mußte er sich von einem Vertreter der ADIRSt sagen lassen, »daß jede, auch die sogenannte Heimschnitzerfamilie, mit Bauernwirtschaft und Pensionsbetrieb verbunden und daher die Überführung in »Wohnarbeiten« in Wohnblocks ein glatter Unfug ist, zumal sie den fleißigen und unternehmungslustigen Kräften jede Möglichkeit der Entfaltung sperrt.«

Wenn diese Aussage — zumindest ihr erster Teil — auch übertrieben gewesen sein mag, so dürfte sie in ihrem Kern doch der Wahrheit entsprechen haben. Doch änderte diese Erkenntnis nichts mehr an dem begonnenen Vorhaben. Die Wohnbauten wurden ohne Veränderungen weitergeführt, was sowohl im Sinne der Stadtväter wie des Leiters der Umsiedlungsstelle, Nimfner, war. Wah-

rend letzterer die bereits anwesenden Südtiroler Umsiedler in den Wohnungen unterbringen wollte, hoffte der Bürgermeister, die Siedlung, die ja bis auf ein Viertel der Wohnungen ausschließlich für Umsiedler vorbehalten sein sollte, in größerem Ausmaß für einheimische Wohnungssuchende nutzen zu können. Solchen Absichten wurden jedoch enge Grenzen gesetzt, sei es von seiten der ADIRSt, die argwöhnisch darauf achtete, daß für die bevorstehende Umsiedlung der Grödner genügend Wohnraum zur Verfügung stünde, oder von seiten des Arbeitsamtes, das die Ratsherren darauf aufmerksam machte, daß günstige Reichsdarlehen für den Wohnbau nur dann gegeben werden, wenn auch tatsächlich Umsiedler in die Wohnungen einziehen würden. Im Sommer 1940 war jedoch eine »Überschwemmung« von Lienz oder gar Osttirol durch Grödner Umsiedler nicht mehr zu befürchten, denn zu diesem Zeitpunkt war bereits deutlich geworden, daß eine geschlossene Ansiedlung der gesamten Talbewohner nicht möglich sein wird, zumindest nicht in Osttirol. Im übrigen verloren die noch in Südtirol befindlichen Optanten zusehends an — falls überhaupt jemals vorhanden — Begeisterung für eine Umsiedlung und hatten daher in den meisten Fällen keine Eile, ihre Heimat für eine kleine Wohnung und eine ungewisse Zukunft zu verlassen.

Nichtsdestoweniger wurde am 21. September 1940 das Richtfest der 196 Südtiroler Wohnungen mit einer Mischung aus alter Handwerkertradition, NS-Propaganda und nationalsozialistischem Größenwahn am Mühlanger gefeiert. Die *Lienzer Zeitung* berichtete darüber in der typischen Diktion nationalsozialistischer Selbstherrlichkeit, die sich folgendermaßen liest:¹⁰

Fortsetzung

Quellen:

- 1) Die Kreiseinteilung wurde von den Nationalsozialisten im Mai 1938 nach dem Anschluß Osttirols an Kärnten eingeführt und entspricht — gebietsmäßig — der Bezirkshauptmannschaft.
- 2) *Lienzer Zeitung*, Folge 43 vom 28. 10. 1939, S. 1 und S. 8; die Leser des *Völkischen Beobachters* konnten diese Neugierde allerdings schon am 23. Oktober erfahren. Zur Vorgeschichte der Option siehe Benedikt Erhard (Hrsg.), *Option Heimat Opzom — Eine Geschichte Südtirols vom Gehen und vom Bleiben*, Wien 1989.
- 3) Meinrad Pizzini, Lienz. Das große Stadtbuch, hrsg. von der Stadt Lienz, Lienz 1982, S. 481; offiziell wurde Osttirol nach dem Reichsgesetz vom 1. 10. 1938, kundgemacht im Gesetzblatt für das Land Österreich 1938, 127. Stück, Nr. 443 dem Gau Kärnten angegliedert. Für die Einsichtnahme in die Jahrgänge 1939 bis 1945 der *Lienzer Zeitung* danke ich an dieser Stelle Frau Anna Waldeck in Lienz.
- 4) Über die Rolle der Tiroler Presse als Propagandainstrument der Umsiedlungspolitik des Dritten Reiches gegenüber Südtirol, siehe Helmut Alexander, »Der ganze Tiroler Stamm in einem Reich«, *Option und Umsiedlung im Spiegel der Innsbrucker Nachrichten*, in: Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.), *Die Option Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus* (Innsbrucker Forschung zur Zeitgeschichte, Bd. 5), Innsbruck 1989, S. 341 - 363.
- 5) So unter anderem schon 1927 nachzulesen in den *Innsbrucker Nachrichten*, Nr. 75 vom 1. 4. 1927, S. 4.
- 6) Siehe dazu Stefan Karner, *Der Plan einer geschlossenen Umsiedlung der Grödner in die Steiermark* von 1941, in: *Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark*, 69 (1978), S. 113 - 123.
- 7) Die »Sondermaßnahme Südtirol« umfaßte sämtliche Bauten von Südtiroler Siedlungen in ganz Österreich. Neben den genannten Sonderbestimmungen hinsichtlich Materialkontingentierung wurden die Wohnungen der »Sondermaßnahme« zu 65 bis 70 Prozent der Gesamtkosten mit besonders günstigen Reichsdarlehen finanziert, wobei pro Wohnung 5.500 RM zur Verfügung gestellt wurden.
- 8) Vgl. dazu Niederschrift der Gemeinderats-Sitzung vom 23. 10. 1940, Stadtarchiv Lienz, Niederschriften des Bürgermeisters der Stadt Lienz vom 16. 3. 1938 bis 5. 5. 1945. Herrn Stadtamtsdirektor Dr. Obernosterer sei an dieser Stelle mein Dank für die Einsichtnahme in die angeführten Materialien des Lienz Stadearchivs ausgesprochen.
- 9) *Lienzer Zeitung*, Folge 34 vom 24. 8. 1940, S. 5.
- 10) *Lienzer Zeitung*, Folge 38 vom 21. 9. 1940, S. 6.

Zur Kirchengeschichte von Huben

Die Herz-Jesu-Kirche von Huben wird derzeit renoviert. Aus diesem Anlaß sei hier kurz auf ihre Entstehungsgeschichte eingegangen.

Der Mann, der den längst fälligen Bau mit aller Kraft betrieb, war der Kooperator — und später erster Kaplan von Huben — Josef Schröckhuber. Den Plan für die Kirche lieferte der Architekt Louis Welzenbacher, ein Schüler Holzmeisters. Den Baugrund stellte Josef Unterlecher kostenlos zur Verfügung.

Die Grundsteinlegung erfolgte am 6. Mai 1925; Bischof Sigismund Waitz nahm sie vor. Der Bau selber erfolgte sodann in fünf Bauabschnitten in den Jahren von 1925 bis 1929.

Das nötige Geld wurde durch Spenden, hauptsächlich in Osttirol, aber auch in Nordtirol, aufgebracht. Durch 3.311 freiwillig geleistete Robotseichten und umfangreiche Holzspenden wurden die Baukosten wesentlich vermindert. Der Rohbau kostete knapp 100.000 S. Die geringfügigen Darlehen, die aufgenommen werden mußten, waren schon zwei

Jahre nach der 1928 erfolgten Einweihung restlos zurückgezahlt. Die Kirchenweihe, die zu einem wahren Volksfest wurde, nahm Bischof Sigismund Waitz vor. Das 1929 und 1936 installierte Geläute lieferte die Glockengießerei Graßmayr in Innsbruck; eine der fünf Glocken — eine Löfflerglocke aus dem 17. Jahrhundert — kam aus Ladis.

Kaplan Josef Schröckhuber hat in einer im Selbstverlag herausgegebenen Broschüre das Werden der Kirche von Huben in allen Einzelheiten dankenswerterweise festgehalten. Diesem Heftchen sind die vorstehenden Angaben entnommen. W



Die Kirche von Huben.

Foto: H. Waschgl

Franz Caramelle: Kulturberichte aus Tirol

Tätigkeitsbericht des Denkmalamtes 1989

ABFALTERSBACH

Lourdeskapelle: Der Innenraum der um 1900 in neuromanischen Formen errichteten Kapelle wurde befundgerecht neu gefärbelt, das Chorgitter mit Schuppenpanzerfarbe gestrichen und die plastische Ausstattung gereinigt.

AINET

Herz-Jesu-Kapelle in Bad Weierburg: Die Außenrestaurierung der 1925 in gotisierenden Formen errichteten Kapelle wurde mit der Erneuerung des Gesimses in Angriff genommen.

AMLACH

Filialkirche hl. Ottilia: Mit der Instandsetzung der beiden Seitenaltäre, der Kanzel und der Stationsbilder konnte die Innenrestaurierung der Kirche abgeschlossen werden. Trotz der optisch wahrnehmbaren Trennung der Raumfassung von Presbyterium und Langhaus bietet sie die Amlacher Kirche als geschlossener Baukörper dar, ohne seine beiden Entstehungsphasen zu verleugnen.

ANRAS

Bartlerstöckl in Goll: Der Bildstock wurde trockengelegt, mit einem neuen Schindeldach versehen und teilweise neu verputzt.

Klausner Bildstöckl: Der kleine Sakralbau wurde baulich saniert, mit einem neuen Schindeldach versehen und zum Schutz vor Weidvieh mit einem Zaun umgeben.

ASSLING

Kapelle zur unbefleckten Empfängnis in Penzendorf: Die große, urkundlich 1731 geweihte Kapelle wurde trockengelegt und nach Behebung der Putzschäden mit Kalk neu gefärbelt, der Giebelreiter erhielt ein neues Schindeldach.

AUSSERVILGRATEN

Pfarrkirche hl. Gertraud von Nivelles: Mit der Außenrestaurierung der Pfarrkirche wurde begonnen. Der Turm wurde saniert und neu gedeckt, außerdem eine Hälfte des Langhausdaches mit Lärchenschindeln neu gedeckt. Überdies konnte die Nordfassade der Kirche instand gesetzt und nach barockem Befunde neu gefärbelt werden.

DÖLSACH

Filialkirche hl. Georg in Gödnach: Der urkundlich 1666 bis 1670 von Jakob Aichholzer unter Einbeziehung älterer Teile in gotisierenden Formen neu errichtete Bau wurde nach Abschluß der Trockenlegung befundgerecht neu gefärbelt, die Architekturmalerei am Turm wurde restauriert.

HEINFELS

Gschwender Kirchl: Die Neueindeckung der barocken Hofkapelle wurde mit dem Ankauf der notwendigen Lärchenschindeln vorbereitet.

Burgruine Heinfels: Der Westtrakt der ricsigen Burganlage, die einen wesentlichen kulturellen Akzent im Osttiroler Pustertal setzt, mußte neu gedeckt werden. Es ist zu hoffen, daß es in den nächsten Jahren gelingt, die stark gefährdete Ruine zu sichern. Dazu wird allerdings neben den Subventionen der öffentlichen Hand auch das finanzielle Engagement des Eigentümers vonnöten sein.

INNERVILGRATEN

Pfarrkirche hl. Martin: Der Innenraum dieser 1893 bis 1895 erbauten basilikalischen Kir-

che wird von späteren Übermalungen und Verschmutzungen befreit und auf sein ursprüngliches Farbkonzept rückgeführt. Die Arbeiten werden 1990 zum Abschluß gebracht. Lösungsvorschläge für eine Presbyteriumsumgestaltung unter Wahrung des geschlossenen Gesamtbildes wurden erarbeitet.

KARTITSCH

Walehrkapelle: Der fehlende Aufsatz des barocken Altärechens wurde nach einem Entwurf von Professor Wolfram Köberl rekonstruiert, die schadhafte Fassung wurde gereinigt und ausgebessert.

LAVANT

Kreuzgruppe am Kirehbiehl: Die aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts stammende Kreuzigungsgruppe wurde freigelegt, bildhauerisch ergänzt und befundgerecht neu gefaßt, die volkstümlich gemalten dazugehörigen Holztafeln wurden gereinigt, retuschiert und konserviert.

LEISACH

Lienzer Klaus: Die Konservierungsarbeiten an der 1253 erstmals erwähnten Klaus wurden im südlichen Teil der Anlage fortgesetzt.

LIENZ

Schloss Bruck: Als Voraussetzung für eine Gesamtrestaurierung des Innenhofes von Schloß Bruck wurden im Jahre 1989 umfang-



Lienz, Schloß Bruck, Westseite des Innenhofes während der Fassadenuntersuchung.

Foto: Hauser, BDA Innsbruck

reiche Untersuchungsarbeiten an der Nordfassade des Innenhofes durchgeführt

Kärntner Straße 6 a — Bundesoberstufenrealgymnasium (ehem. Spital und Spitalskirche): Bei dem im Kern aus dem 14. Jahrhundert stammenden, später jedoch mehrfach umgebauten und nach einem Bombenschaden des 2. Weltkrieges teilweise neu errichteten Bankkomplex wurden die im Vorjahr begonnen Gesamtsanierungsmaßnahmen fortgesetzt.

MATREI IN OSTTIROL

Pfarrkirche hl. Alban: Mit der Sanierung der Kirchenbänke — unter Wiederverwendung der barocken Wangen — wurde begonnen. Zwei Renaissance-Bildnisepitaphie aus dem Friedhof wurden an der Nordwand innen eingelassen.

Bichkapelle: Das 1958 von Franz Walchegger geschaffene Fresko im Giebfeld der Kapelle wurde restauriert

Marienkappe in Moos: Über Initiative des heimatkundlichen Vereins Medaria wurde das Barockaltärechen der bereits im Vorjahr neu mit Schindeln gedeckten, 1895 errichteten Kapelle bildhauerisch ergänzt, konserviert und befundgerecht neu gefaßt.

Sebastianskapelle beim Roaner in Glanz: Im Zuge der vom heimatkundlichen Verein Medaria angeregten Außenrestaurierung wurde die einfache, zweijochige Kapelle mit Rundapsis und überdecktem Dachreiter baulich saniert und neu gefärbelt.

Schloß Weißenstein: Das Pulldach im Innenhof des Schlosses Weißenstein wurde mit geklobenen Lärchenschindeln neu gedeckt. Weiters wurden vorbereitende Maßnahmen für die Sanierung des Daches über dem südlichen Wohntrakt, die im kommenden Jahr geplant ist, getroffen.

NUSSDORF DEBANT

Faschingbildstöckl: Die bauliche Sanierung des barocken Bildstöckes wurde abgeschlossen, die aus der Zeit um 1700 stammende plastische Ausstattung (Kruzifix und Gottvaterbüste) erhielt eine befundgerechte Neufassung.

Fortsetzung

Nachtrag zu:

Ein Beitrag zur Geschichte von Amlach

Durch ein Versehen sind die 3 ältesten Urkunden mit Namensnennungen von Amlach unterblieben. Sie werden hiemit nachträglich angeführt:

1. Graf Frantenhuser opferte um die Mitte des 12. Jahrhunderts eine halbe Huebe zu Amlach dem neugegründeten Kloster Neustift (Sinnacher, Geschichte der bischöflichen Kirche von Brixen, Bd. III/362).

2. Um 1170 opferte Ludwig des Stiftes Brixen mit seiner Gemahlin Williburch dem Kloster Neustift ein Landgut, das Linto zu Amlach hieß (Sinnacher, Bd. III/651).

3. Die dritte Urkunde lautet: »Kund sey, daß Frau Euphemia, Tochter Heinrichs von Vialta (Schloß bei Udine) in die Hände Ottos des Burggrafen von Lienz, anstatt seiner Gemahlin Beatrix, ihrer Tochter, übergeben habe eine Wohnung samt einem Turm zu Lienz bey der Brücke . . . und alles, was sie von ihrem Gemahl Hugo von Taufers als Witwe in Besitz gehabt hatte.«

Die Übergabe erfolgte mit Zustimmung ihres Sohnes Heinrich, des Erzdiakons der Kirche von Aquileja (später wurde er Bischof von Brixen) in Aquileja im Jahre des Herrn 1216 am Ostererntag. Zeuge war Leonhard, kaiserlicher Notar, der auch den Übergabevertrag schrieb und unterschrieb (Sinnacher, Bd. IV/191).

Erwin Kolbitsch